



Seminar für Lebensphilosophie,
Kommunikation und Rhetorik
Dr. Xaver Brenner

Bürgersouveränität als Qualität demokratischer Beziehungen

Bei Streit und Schlichtung von Stuttgart 21 handelt es sich vordergründig gesehen nur um ein Bahnprojekts. Tatsächlich hat dieses Projekt eine ungeahnte Tiefenwirkung. Es bündelt viele der offenen oder verdrängten gesellschaftspolitischen Themen dieses Landes. Ob man für den Tiefbahnhof und damit gegen den Kopfbahnhof ist, oder für einen Kompromissbahnhof¹, das wurde zur Grundsatzfrage. Jede Position ist eine Metapher für den Zustand, den Stillstand und / oder Rückstand unseres Landes: *Wer* wir sind, *Was* wir wollen und *Wohin* die Reise geht, das diskutieren wir zurzeit an diesem Bahnprojekts. In einer Debatte, in der alles mit allem wie in einem Labyrinth verwoben ist, verwundert es nicht, dass kein klar zu erkennender roter Faden sichtbar wird. Wir haben es mit einer Mischung und Vermischung von Problemen zu tun. Schon immer war das die Zeit konzeptionsloser Vereinfacher wie gedankenloser Weiter-so-Politiker. So sieht die Kanzlerin in diesem Projekt die Zukunftsfähigkeit des Landes auf dem Prüfstand. Der Standort Deutschland schlechthin entscheide sich daran, ob die Gleise unter die Erde kommen. Und die Gegenseite erklärt nicht nur Bäume als schützenswert, sondern auch die Architektur des Bahnhofs, die Landschaft des Stuttgarter Talgrunds.

Wer ist dort gegen wen und wofür aus welchen Gründen? Weil eine Antwort kompliziert ist, greifen die Deuter gerne zu einfachen Formeln. Die „thymotischen Energien“ des „Wutbürgers“ (Sloterdijk) seien hier am Werk. Aus gekränktem Stolz gegen die Unterwerfung durch den Staat begehre der Bürger auf. Wird die politische Debatte nur im Rahmen von Emotionen gedeutet, muss es nicht wundern, dass diese Analyse noch weiter reduziert wird. Das ist Dirk Kurbjuweit im *Spiegel* gelungen. Für ihn haben die „Wutbürger der Politik die Gefolgschaft aufgekündigt.“ Überhaupt habe sich da „etwas grundsätzlich gewandelt. Für den Bürger hatte der Staat auch den Charakter einer Burg (...) die wird nicht mehr gebraucht“.² Doch die Machtspiele in und um Stuttgart sind keine Sandkastenspiele. Meine Burg, deine Burg. Zu kurz greift das zweite Muster Kurbjuweits. Er beschreibt seinen alternden „Wutbürger“ als verantwortungslos, weil er angeblich zu „wenig an die Zukunft denkt“. Gerade das Gegenteil hat man in Stuttgart erlebt. Ältere Menschen, Experten im Ruhestand übernehmen

¹ Der Kompromissbahnhof war ursprünglich eine weitere Option: Die ICE-Strecke unterirdisch bauen und den Kopfbahnhof erhalten.

² Kurbjuweit, Dirk: Der Wutbürger. In: DER SPIEGEL 41/2011, S. 26

Verantwortung für die Gesellschaft und fordern die Jungen – mit Erfolg – zum Mitdenken und Mitmachen auf. Diesen Bürgern die „Buddenbrooks“ als Analysetext anzubieten und ihnen „Contenance“ als Haltungsmuster zu empfehlen, ist selbst ein Teil unserer tatsächlichen Verwirrung. Es ist auf alle Fälle zu wenig und zudem arrogant, die Bürger für all die Unklarheiten verantwortlich zu machen, die es in unserer Gesellschaft gibt. Bürger und Politiker stehen im Umgang miteinander und beim Gestalten der Zukunft im Spagat zwischen „Bewahren, was gut ist“ und „Ändern, was schlecht ist“.

Das ist der Geburtsort der zweiten Begriffsverwirrung: Die Rede vom „konservativen Bürger“. Der mache einmal Politik gegen und das andere Mal für das Projekt Stuttgart 21. Gibt es eine neue „konservative“ Protestbewegung quer durch die Republik? Den Aufstand der technikfeindlichen Spießbürger? In der *Kommune* argumentiert Herbert Hönigsberger,³ dass dort im Stuttgarter Kessel ein „wertkonservatives Bürgertum“ gegen einen „technikgläubigen Konservativismus“ kämpft. Dabei gehe es den demonstrierenden Bürgern um einen „lebensweltlichen Konservativismus“. Und es gehe um die „Bewahrung von Strukturen, die einem etwas wert sind“. In seiner Analyse begreift Hönigsberger den Willen der neuen Bürgerbewegung als ein Streben nach dem guten Leben (*summum bonum*, lat., das höchste Gut). Im Gegenzug dazu wolle der herrschende „Strukturkonservativismus den Erhalt von Strukturen für die enthemmte Kapitalverwertung“. Folgt man diesem Gedanken, so steht in Stuttgart und anderswo in der Republik der gute Konservativismus gegen einen schlechten. Damit ist an die Stelle des alten Rechts-Links-Schemas ein neues Muster getreten. Früher strebten alle Parteien in die „Mitte“. Jeder wollte die „wahre Mitte der Gesellschaft“ sein. Ist heute ein neues Gedränge um den „wahren Konservativismus“ entstanden?

Die Verwirrung der Begriffe

Immerhin haben sich in dieser Debatte zwei gegensätzliche „Modernisierungspfade“ herausgeschält. Auf dem einen Pfad verfolge die ökologische Bewegung eine behutsame Modernisierung, die „hochmodern und konservativ zugleich“ sei. Der zweite baue auf die bekannte Technik und setze dabei auf die Quantität des Geldes und der Dinge. Dabei werden fantasielos die alten Strukturen und ihre Immobilieninteressen verteidigt.⁴ Den strukturkonservativen Weg repräsentiere in besonders ausgeprägter Form die baden-württembergische Landesregierung.

Tatsächlich klärt der Begriff vom „wahren Konservativismus“ wenig. Einerseits weil er doppeldeutig ist, denn er spricht von „bewahren“ und „am Leben erhalten“ (*conservare*, lat., erhalten, bewahren vor). Dahinter steht die Idee, die „natürliche Ordnung“ (Edmund Burke⁵) müsse „gerettet“ werden vor der Dynamik der demokratischen Veränderung des Lebens selbst. Das Leben ist für diesen Konservativismus nicht demokratisch. Es ist nur althergebracht und die vorgefundene Ordnung der Väter. Heute gibt sich der Konservativismus technisch modern und lebensweltlich traditionell:

³ Hönigsberger, Herbert: Konservative Ignoranz der Macht. In: *Kommune* 6/2010, S. 10-12

⁴ Zielcke, Andreas: Geistige Kessellage. In: *Stuttgart 21. Die Argumente*. Köln 2010. S. 23 ff.

⁵ Konservativismus. In: *Wörterbuch der Soziologie*. Stuttgart 1969. S. 587

„Laptop und Lederhose!“ Doch gesellschaftliche Prozesse lassen sich nicht auf der Strukturebene von Trachtenvereinen lösen.

Der Bahnhof in Stuttgart ist zur Metapher für die Suche nach einer neuen, besseren Form der demokratischen Beziehungen in unserem Land geworden. Die dabei auftretenden Positionen lassen sich nicht durch die Etikettierung in wahre und falsche Konservative begreifen.

So erleben wir auf der Suche nach dem richtigen Weg aus der Misere des Landes eine weitreichende Verwirrung der Begriffe. Wo sie unklar sind, wird das Denken falsch. Besonders schlagend zeigt sich das am Wort vom „Gut-Menschen“. Es ist in diesem Land ein Schimpfwort geworden. Es wurde auch in Stuttgart zur Diffamierung der Bewegung benutzt. „Was ist an einem guten Menschen eigentlich falsch?“, fragte Frank Plasberg in der Sendung „hart aber fair“. Falsch daran ist, dass wir nicht mehr an das Gute glauben und jedem sofort ohne Umschweife das Schlechteste unterstellen. Frei nach Hobbes ist es dem Wirtschaftsliberalismus gelungen, seine Anschauung vom tief gesunkenen Menschen als reinem Wirtschaftsegoisten zu unserer Idee vom Menschen zu machen. „Der Mensch ist ein Wolf für den Menschen.“⁶ Damit wir diese These übernehmen, greift der Wirtschaftsliberalismus zu einem alten, aber wirksamen Trick. Wahr sei die These, weil in ihr die Übereinstimmung von Denken und Handeln zum Ausdruck komme. Der Mensch sei nämlich in Wahrheit immer ein Egoist. Erkenne man den Egoisten in sich, so sehe man den wahren Menschen. Der sei nicht handlungsverlogen, weil er handelt, wie er denkt. Und weil er egoistisch denkt, wie er egoistisch handelt, hat man es bei ihm zwar mit keinem guten, immerhin aber mit einem wahrhaftigen Übervorteiler zu tun. Das wiederum zeige die jüngste Finanzkrise. Dort habe eine Gesellschaft der wechselseitigen Übervorteiler die wahre Natur des Menschen ans Licht gebracht. Am Anfang dieser Argumentation steht die scheinbar ehrliche Selbstdenunziation: Jeder ist ein Egoist. Ich auch. Das Modell der wechselseitigen Übervorteilung wird so zum anthropologischen Grundmodell vom Menschen. Tatsächlich aber kann eine Gesellschaft nur fortbestehen, wenn es ihr gelingt, den Selbstzerstörungsmechanismus der Egoisten und Diktatoren einzudämmen und am Ende auszuschalten.⁷ Wer das naiv nennt, der soll sich fragen, warum die Menschheit bis heute überlebt hat. Gegen die unzweifelhaft vorhandene Tendenz zur Übervorteilung, Monopolbildung und Diktatur sucht die Gemeinschaft immer wieder nach alternativen Überlebensstrategien und -systemen. In Wendezeiten erfanden Gemeinschaften nicht Modelle egoistischer Nützlichkeit (Utilitarismus) sondern entwickelten Ordnungen zum Wohl der Gemeinschaft (Altruismus). Dass wir dabei zwischen beiden Extremen pendeln und Solidarität mit Eigennutz mischen, gehört zur Realität des Lebens. Wer nur das eine will, der muss mit Robinson Crusoe auf eine Insel flüchten. Dort wird er sein Herr und eigener Diener zugleich.

⁶ Hobbes, Thomas: Vom Menschen. Vom Bürger. Hrsg. von Günter Gawlick. Hamburg 1994, 2. Absatz

⁷ Kants kategorischer Imperativ kann mit Einschränkungen als eine Gemeinwohldefinition verstanden werden.

Die Renaissance des solidarischen Handelns

Kommen wir zur der Richtigstellung der Begriffe durch die Renaissance des solidarischen Handelns am Stuttgarter Beispiel. Vor längerer Zeit antwortete einer unserer alten Politiker auf die Frage nach seinem Engagement jenseits der Pensionsgrenze: „Fürchte die Alten, denn sie haben nichts mehr zu verlieren!“ Warum? Weil sie nicht mehr wiedergewählt werden wollen, können sie jetzt der Bevölkerung und den Eliten ungeschminkt die Wahrheit sagen. So bewundern wir Heiner Geißler, Erhard Eppler und Helmut Schmidt nicht dafür, dass sie in ihrem Politikerleben alles richtig machten. Sie werden bewundert, weil sie heute ihren Erfahrungsschatz uneigennützig zur Verfügung stellen. Natürlich sieht die Bevölkerung, dass sich die „großen Alten“ geändert haben. Heute unterwerfen sie sich nicht mehr der Fraktionsdisziplin. Sie reden nicht mehr „diplomatisch“. Sie sagen jetzt meist, was sie denken. Und sie handeln jetzt häufiger nach dem, was sie gesagt haben. Die sogenannte „Handlungsverlogenheit“ ist verschwunden. Vorrangig hat das an Geißlers Schlichtung begeistert, wie auch die Integrität der alten Ingenieure und Experten während der Schlichtung. Vielleicht haben sie damals in ihrem Berufsleben nachgegeben, ihrem Chef nach dem Munde geredet: „Man muss doch Karriere machen!“ Als Pensionisten haben sie – hier und heute – den Mund aufgemacht und vielleicht so geredet, wie sie es wegen all der gesellschaftlichen Verpflichtungen damals nicht konnten. Gut so, richtig so! Warum darf der Mensch sich nicht ändern? Gerade weil wir uns vor dem Hintergrund unserer nahen und fernen Historie immer misstrauen, müssen wir das deutsche Selbstmisstrauen überwinden! Der Schlüssel dazu liegt in der Kraft der Veränderung. Ihr stehen wir meist skeptisch gegenüber, weil wir den Status quo so sehr lieben. Das zeigt der Spruch: „Das Bessere ist der *Feind* des Guten!“ Dahinter steckt die Furcht vor der Veränderung durch das Bessere. Könnten wir nicht auch sagen: „Das Bessere ist der *Freund* des Guten!“ Dann aber müssen wir lernen, die ständige Entwicklung unserer Kultur zu wollen – mit dem Ziel, die bessere Qualität unseres Lebens zu erfinden.

Zentrale Probleme unseres Landes

Damit sind wir bei drei zentralen Problemen unseres Landes, die sich um die Qualität von Technik, Arbeit und Zusammenleben drehen und die tief mit unserer Historie verbunden sind.

1. Die Furcht um den Verlust unseres technischen Qualitätsstandards.
Wir leben in einer Gesellschaft, die es immer noch nicht gelernt hat, ihren technischen und ökonomischen Reichtum sinnvoll einzusetzen.
2. Das Leben zwischen bürgernaher Gemeindeinstitution und bürgerferner Staatsmaschinerie.
Der Bürger als Souverän weiß nicht mehr, dass er der Herr beider Organe ist. Diese Kluft ist in der Schlichtung aufgebrochen.
3. Die Sicht von Kulturen als abgegrenzte Aktionsräume.
Wir sehen nicht, dass jede Kulturgrenze einen Begegnungsraum öffnet, in dem neue wechselseitige Beziehungen wirklich und wirksam werden, weil im Dienen und sich Nützlich machen ein kultureller Austausch stattfindet.

Die Furcht um den Standort Deutschland wurde von der Kanzlerin ausdrücklich mit Stuttgart 21 verbunden. Sie spielt mit dem Qualitätsmythos „Made in Germany“ und der Furcht um seinen Verlust. Steht der auf dem Spiel, denken wir nur noch panisch. Wir wollen bewahren, was wir möglicherweise schon gar nicht mehr haben. Dabei würde ein kurzer Blick in unsere verdrängte Geschichte Klarheit schaffen über Mythos und Wirklichkeit. Gerade in Schwaben gibt es dazu einen aufschlussreichen Spruch: „Mit dem Auge stiehl das Deine, doch jedem lass‘ das Seine!“ Gemeint ist die Erlaubnis zum Kopieren von Ideen und Qualitätsstandards. An der Schwelle zur zweiten Moderne, im ausgehenden Mittelalter, wurde Wissen als Gottes Geschenk an jedermann angesehen. Es durfte weder monopolisiert, noch individuell angeeignet werden. Denn nur durch seine erfindungsreiche Anwendung entsteht Wohlstand (in der Dingwelt) für alle.

Immer wenn die deutsche Kultur einen Schritt machte, immer wenn zivilisatorisch neue Methoden eingeführt, eine neue wunderbare Technik erfunden wurde, immer dann haben wir so getan, als wäre das schon immer so gewesen, als hätten wir das schon immer so gemacht. Fast niemand weiß hierzulande, dass *Made in Germany* eingeführt wurde, weil wir die größten Kopierer des 19. Jahrhunderts waren. Wir haben den Engländern die Eisenbahn, die Dampfmaschinen, die Webstühle und vieles mehr abgeschaut und diese nachgebaut. Schlechte deutsche Waren überfluteten damals die Märkte. England verlangte die Kennzeichnung der deutschen Kopien.⁸ Seitdem steht die englische Bezeichnung auf deutschen Waren. Doch erst der Prozess der ständigen Verbesserung hat aus den Kopien Originale von Qualität gemacht: Aus dem Mangelzeichen⁹ wurde ein Markenzeichen. Den Entwicklungsprozess haben wir vergessen, aber uns in dessen Mythos selbstgefällig zur Ruhe gesetzt.¹⁰ Das hat in vielen Firmen, die einstmalen Spitzenreiter waren, zu Stagnation und Verhärtung ja zum Untergang geführt (AEG). Andere – wie Siemens – haben die Kurve gerade noch genommen. Wer das Gute einseitig bewahren will, verschließt sich dem Besseren.

Besinnen wir uns. Mit Tricksereien lässt sich kein Kunde halten. Es geht auch bei einem Verkehrsprojekt wie Stuttgart 21 um die Qualität kreativer Beziehungen. Konkret um die Beziehung zwischen Planern, Betreibern und Bahnkunden, die einen effizienten Bahnhof wollen, der in absehbarer Zeit zu überschaubaren Kosten die Qualität von Personen- und Gütertransport verbessern soll. Im Zentrum steht damit die schöpferische Kraft aller Beteiligten bei der Erfindung von Dingen

⁸ Das britische Handelsmarkengesetz vom 23. August 1887 (Merchandise Marks Act 1887) verlangte die Kennzeichnung der deutschen Waren, um die eigenen Produkte vor minderwertigen Nachahmerprodukten zu schützen. Natürlich war dies auch eine protektionistische Maßnahme, die eigentlich nicht zum englischen Freihandelsgedanken passte.

⁹ Aus Sicht der gegenwärtigen zu Gutenberg-Debatte kann man den damaligen Streit um das Patentrecht auch als einen solchen um ein Plagiat (Diebstahl geistigen Eigentums) sehen. Tatsächlich aber sprechen zwei kulturelle Problematiken gegen diese Sichtweise. Einmal ist Lernen immer Übernehmen, was andere besser gemacht haben. Zweitens erlischt der Patentschutz in der Regel nach 20 Jahren (§ 16 PatG, Ende des Patentschutzes), auch deshalb, weil sonst der wissenschaftlich-technische Fortschritt gehemmt würde. Erst in dritter Instanz taucht die Unterscheidung von Original und Plagiat auf: Es geht um den notwendigen Hinweis auf Ursprung und Erfinder eines Gedankens. Der allerdings erlischt nie. Denn die Tatsache, dass z. B. Platon als erster eine Ideenlehre entwickelt hat, kann niemand leugnen. Richtig zu Zitieren ist Ausdruck einer demokratischen Haltung, die Kreativität und Schöpfung des Anderen anerkennt.

¹⁰ Der deutsche Genialitätswahn entspringt der Idee der einzigartigen Schöpfung im Genius. Nur er bringt wirklich wertvolle Ideen durch seine direkte Verbindung zu den Göttern hervor.

und der Erzeugung besserer Formen der Zusammenarbeit. Das hat sich auch in der Schlichtung gezeigt. Bessere Qualität entsteht nur durch demokratische Zusammenarbeit und geistigen Austausch – offengelegtes Abschauen und Kopieren eingeschlossen.

Die Kunden wollen, dass Stuttgart 21 einen Qualitätssprung darstellt. Daran hätten Bahn und Landesregierung arbeiten, das hätten sie vermitteln müssen. Ein Qualitätssprung entsteht nicht durch die Erinnerung an bessere Bahntage mit pünktlichen Zügen. Er entsteht heute – im Übergang zur Dienstleistungsgesellschaft – nur in der Zusammenarbeit aller Beteiligten. Eigentlich weiß jeder, dass man daran arbeiten muss, um Beziehungsqualität mit anderen zu entwickeln. Nur jobben genügt nicht! Die Störfälle beim ICE sind nur vordergründig auf Mängel innerhalb der Firma Siemens zurück zu führen. Siemens konnte nur schlechte Technik liefern, weil der Kunde, die Bahn bei der erforderlichen Erprobung vor Indienststellung wahrscheinlich zu große Einsparungen verlangte. Der Wille zu Kreativität und ständiger Qualitätsverbesserung braucht die persönliche Verantwortung. Das ist in allen Betrieben die ständige Aufgabe aller Beteiligten. Wenn der Bahnkunde ein derartiges Bemühen und dessen positive Resultate täglich spüren würde, könnte er die Neuplanung von Stuttgart 21 vertrauensvoll den Spezialisten überlassen. Das Vertrauen ist den Stuttgarter Bürgern aber abhanden gekommen. Dieser Vertrauensverlust hat sich zu einem Tiefdruckgebiet ausgeweitet, das den Gegenwind auslöst, der heute den Planern ins Gesicht weht.

Demokratie: Raum für Beziehungsqualität

Schon wegen des Vertrauensverlusts kann die „Demokratiefrage“ nicht abstrakt als Verfassungsfrage angegangen werden. Das lenkt von der konkreten Aufgabe der Demokratie ab: Sie soll „nützlichste Form des menschlichen Zusammenlebens“ sein.¹¹ Im Kern geht es in der Demokratie um Dienste, die jeder Demokrat jedem anderen zu leisten hat, um die Qualität des Zusammenlebens zu verbessern. Immer mehr sehen wir heute den Staat als Sozialstaat auf dem Weg zu einem Dienstleister. Seine Institutionen transformieren sich. Entlang sachlicher Notwendigkeiten der Dienstleistungsgesellschaft bestehen ihre Aufgaben nicht nur in der Kontrolle. Ihr Wissen selbst ist eine produktive Kraft. Und auf ökonomischem Gebiet besteht die Macht des Staates darin, 47,6 % der Wirtschaftsleistung¹² zu verteilen. Das weckt Begehrlichkeiten, nicht nur bei denen „da unten“, sondern vor allem bei denen „da oben“.¹³ Insofern die Organisation Dienste leistet, kehrt sich spätestens hier das Staatsziel um. Wenn in der Feudalzeit der Preußenkönig Friedrich II. formuliert: „Der Herrscher ist der erste Diener des Staates!“¹⁴, dann diene er seinem Staat. Auf den preußischen Staat hatten die Bürger bis zum 1. Weltkrieg nur marginalen Einfluss. Am Ende der Industrie- und zu Beginn der Dienstleistungsgesellschaft kehrt sich dieses Verhältnis geradezu um. Heute ist der Wohlfahrtsstaat qua Verfassung

¹¹ frei nach: Gerlach, Manfred: Das Manuskript, das nicht zum Buch werden durfte. Berlin 2010, S. 431

¹² Statistisches Jahrbuch 2010. Die Staatsquote wird hier als der Anteil der Gesamtausgaben des Staates am Bruttoinlandsprodukt verstanden.

¹³ Trotz des Streites um „die optimale Steuerrate“ (Olson, Mancur: Power and Prosperity. 2000) bilden die Steuereinnahmen und ihre rationale Verteilung den ökonomischen Vorteil der Demokratie gegenüber jeder Despotie. Zit. bei Ferguson, Niall: Politik ohne Macht. Stuttgart. 2001, S. 326

¹⁴ Friedrich II. schrieb in seinem Testament 1752 diesen Satz an seinen Nachfolger.

durch seine Dienstleistungen zum ersten Diener des Volkes geworden. Dort wo er diese Funktion für das Volk nicht mehr ausüben kann oder soll, weil er die Privatinteressen von Einzelgruppen erfüllt, dort übernimmt das Volk seine Kontroll- und Gestaltungsaufgaben. Das ist möglich, weil das Volk in der Demokratie der Souverän ist und bleibt. Es kann sich selbst nie aus dieser Rolle entlassen, auch wenn es in der Gewaltenteilung immer wieder Aufgaben an Institutionen delegiert.

Was aber geschieht, wenn Deutschland in eine Vertrauenskrise gerät? Es gibt bei uns den Satz: „Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser!“¹⁵ Rosa Luxemburg meinte mit diesem Satz die Volkskontrolle des Parlaments. Lenin übernahm ihn abgewandelt, weil die Partei ja immer „prüfen“ sollte. Dies zeigt die ganze Spannweite unseres Kontrollproblems. Kontrolle von *unten*, aber Prüfung der Verordnungen von *oben*. Die Machtausübung des Volkes sollte beide Seiten zusammenfassen und sie gegen jede Undurchsichtigkeit verteidigen. Hier liegt das deutsche Problem. Wir haben auf der Gemeindeebene die Kontrolle und Unterstützung (subsidiär, lat. subsidiarius, als Aushilfe dienend). Aber von oben, vom Staat glauben wir an die Idee der guten Kontrolle nach dem feudalen Muster Preußens. Der Staatskörper¹⁶ gehört dem Herrscher oben und das Volk ist der untere dienende Teil. Diese räumliche Zweiteilung und geistige Trennung liegt unserem Demokratieverständnis seit dem Mittelalter zugrunde.¹⁷ Dort hat sich in der Reformation zwar die calvinistische Bundesidee entwickelt. Sie war der Ursprung des demokratischen Gedankens in Deutschland.¹⁸ Aber zu einer wirklichen Reichsreform nach demokratischem Muster haben wir es nie gebracht. Bei uns ist die Demokratie, anders als in der Schweiz oder in England, auf der Gemeindeebene stecken geblieben. Dort haben sich demokratische Regeln entwickelt und durchgesetzt. Aber auf die oberen Staatsgeschäfte wurde das nie übertragen.¹⁹ Aus deren Macht- und Kontrolltätigkeit hatte sich das Volk nach dem Willen der Landesfürsten herauszuhalten. Von hier leiten sich zwei Entwicklungslinien ab. In der Schweiz führt die eine zum eidgenössischen Bundesstaat mit seiner Bürgerbeteiligung. Der andere führt über viele Vermittlungsschritte zur Frankfurter Bundesverfassung (1848) und zum Grundgesetz. Das altdeutsche Demokratie-Prinzip wurde als „Subsidiaritäts-Prinzip“²⁰ bekannt und findet sich als solches auch im CDU-Programm.²¹ Doch selbst von dieser halbierten Demokratieform hat man bei der CDU während der Verhandlungen um Stuttgart 21 nichts mehr gehört.

¹⁵ Der Satz soll von Rosa Luxemburg stammen, wird aber Lenin zugeschrieben.

¹⁶ Siehe dazu, Kantorowicz, Ernst: Die zwei Körper des Königs. Eine Studie zur politischen Theologie des Mittelalters. Stuttgart 1992

¹⁷ Die Idee geht auf Johannes Althusius und die Reformation zurück.

¹⁸ So hat die Synode von Emden unter calvinistischem Einfluss (1571) geschrieben: „Provinzial- und Generalsynoden soll man nicht Fragen vorlegen, die schon früher behandelt und gemeinsam entschieden worden sind [...] und zwar soll nur das aufgeschrieben werden, was in den Sitzungen der Konsistorien und der Classicalversammlungen nicht entschieden werden konnte oder was alle Gemeinden der Provinz angeht.“ In Dieter Perlich: *Die Akten der Synode der niederländischen Gemeinden, die unter dem Kreuz sind und in Deutschland und Ostfriesland verstreut sind, gehalten in Emden, den 4. Oktober 1571*. In: Evangelisch-Reformierte Kirche in Nordwestdeutschland (Hrsg.): *1571 Emden Synode 1971. Beiträge zur Geschichte und zum 400jährigen Jubiläum*. Bearbeitet und redigiert von Elwin Lomberg. Neukirchen-Vluyn. 1973, S. 62.

¹⁹ Eine Reichsreform wurde im Prinzip mit dem Augsburger Religionsfrieden von 1555 verhindert, weil den protestantischen Bürgern die Religionsfreiheit wichtiger war als demokratische Rechte.

²⁰ Siehe Oswald von Nell-Breuning: Subsidiaritätsprinzip, In: Wörterbuch der Soziologie. Stuttgart 1969. S. 1137

²¹ CDU-Grundsatzprogramm: Chancen für alle! Vom 28.9.2007, § 95

Der fehlende „Volksentscheid“ in der Bundes- wie auch in der Landesverfassung Baden-Württembergs hat verfassungshistorische Ursachen. Auf der Ebene der Gemeinschaft, die für uns die Staatsebene repräsentiert, gibt es keinen „volonté général“ (frz., allgemeiner Wille), keinen Gemeinwillen des Volkes. Wir haben zwar das föderative Prinzip auf der Bundesebene. Doch als Verfassungsnorm ist es ein Geschenk der Alliierten nach '45. Mit dem alliierten Verfassungsgeschenk wurde zwar das feudalistische Oben-Unten-Schema ersetzt. Aber eine geschenkte Demokratie ist keine erkämpfte. So blieb der Staat was er war: eine quasi gottgegebene Institution. Er wurde nicht in den zweiten Rang einer „Schutzanstalt“ für das Volk verwiesen.²² Auch hier macht die Volksbewegung in Stuttgart und anderswo in der Republik einen realen Schritt über diese Beschränkung hinaus. Sie versteht Herrschaft als tätige Wissensleistung einer souveränen Bürgerschaft. Sie erzeugt Dienste für die Gemeinschaft aus der bewussten Haltung zur Verantwortung für das Ganze. Das kommt der Schöpfung eines Gemeinwillens (*volonté général*) gleich. Er entsteht nicht aus Pflicht gegen einen ursprünglichen Grundvertrag²³, sondern aus dem wechselseitigen Dienen in der Demokratie. Er führt als gemeinsamer Wille des Volkes zu einer Symbiose aus Verantwortung und Sinngebung. Dabei handeln die Bürger nicht mehr aus Pflicht für den Staat über ihnen, sondern aus Verantwortung für den Bürger neben ihnen. Derartige Handlungsbeziehungen erzeugen eine horizontale Anerkennung der Bürger in ihrem wechselseitigen Tun. Sie sind dem vertikal verstandenen Ober-Untertanen-Geist überlegen. Doch die Klarheit der Tat korrespondiert in Stuttgart leider nicht mit der Einsicht in ihre souveränen Folgen. Geistig steht der deutsche Bürger noch immer unter dem Einfluss des Subsidiaritätsprinzips, indem er seine demokratischen Aktionen dem subsidiären Vertragsgedanken unterordnet. Er tritt also in Aktion, wenn es kein übergeordnetes Recht gibt oder wenn er eine Rechtsnorm vermisst. Auf der Ebene kommunaler Unterstützung und Entlastung werden dann nach diesem Muster Verhandlungsebenen wie die Schlichtung erfunden. Die Schlichtung gehört zum Vertragsrecht nicht zum Verfassungsrecht. Trotzdem haben nicht wenige Beobachter in ihr eine rechtsverbindliche Institution gesehen, der Entscheidungsmacht zukommt. Dem Schlichterspruch Geißlers wurde zuerkannt, das Projekt zu genehmigen oder / und zu verwerfen. Dabei ist man bezeichnender Weise vom tarifrechtlichen Schlichtungsverfahren als Rechtsbasis ausgegangen. Auch wenn Heiner Geißler diesen Fehler selbst nie gemacht hat, so stand doch bundesweit in der Presse: Stuttgart 21 darf gebaut werden, einige Änderungen voraussetzt! Der ausdrücklich verlangte „Stresstest“ wurde nur als Nebensache angesehen.²⁴

Doch die Schlichtung selbst kann kein Gesetz erlassen. In unserem Rechtssystem findet Schlichtung nur zwischen Tarifparteien – den Arbeitgebervertretern und Gewerkschaften – statt. Tarifparteien sind

²² Siehe dazu: Welzel, Hans: Naturrecht und materielle Gerechtigkeit. Zit. in: Politische Denker. Band 2. Rousseau von Hans Maier. München. 1977, S. 62

²³ Rousseau nennt den Grundwillen des Volkes „première convention“.

²⁴ Sollte der Stresstest gegen das Projekt ausfallen, so wäre – nach Heiner Geißler – das Projekt Stuttgart 21 von der Regierung geordnet zu beenden. Außerdem könne eine andere Parlamentsmehrheit die sogenannten „Sachzwänge“ und „unumkehrbaren Prozesse“ souverän ändern. Zu dieser Schlussfolgerung kam Heiner Geißler in der Sendung „hart aber fair“, weil für ihn der eigentliche Gewinner die Bevölkerung von Stuttgart sei. Sie habe das Schlichtungsverfahren erzwungen.

vom Staat unabhängig. Sie vereinbaren auf der Ebene eines eigenständigen Vertragsrechts für beide Seiten verbindliche vertragliche Regelungen.²⁵ Tarifverträge sind keine Gesetze.

Nach dem Verfassungsrecht besteht zwischen Volk und Regierung kein Tarifrecht, denn „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus.“²⁶ Also nicht von einer Schlichtung mit Schiedsspruch. Das Volk als Souverän kann deshalb mit seiner eigenen Regierung keinen Tarifvertrag schließen. Das wäre nicht nur blanker Unsinn. Tatsächlich wären damit die Verhältnisse zwischen Volk und Regierung auf den Kopf gestellt und die Verfassung gebrochen. Durch ein derartiges Verfahren würde sich der Souverän der eigenen Regierung berauben. Die Regierung würde über dieses Verfahren zum unabhängigen Partner des Volkes. Es wäre ein Verfassungsbruch und Verstoß gegen das Grundgesetz, würde sich das souveräne Volk der eigenen Souveränität berauben.

Das mögen einige in der „politischen Klasse“²⁷ schon heute anstreben und sich von einer unaufgeklärten Öffentlichkeit bestätigen lassen. Niemals aber darf die Schlichtung zu einem Verfahren werden, um das Verhältnis zwischen Volk und Regierung zu regeln. Denn alle staatliche Macht untersteht dem Volk als alleinigem Souverän. Das Volk steht über dem Staat und seinen Organen. Ohne „Volksentscheid“ kann es also für das Projekt Stuttgart 21 keine Lösung geben.

Es geht also nicht um die Eroberung der Staatsmacht. Unter unseren Augen findet ein ganz anderer Transformationsprozess statt. Er verändert die Strukturen unserer Demokratie und sollte im Ergebnis zu einer verantwortungsvollen Bürgerdemokratie führen. Der Grund: Es hat bereits eine qualitative Umkehr durch die Transformation des Verhältnisses von Bürger und Staat stattgefunden. Es gibt eine Praxis der Bürgerbeteiligung, in der demokratische Dienste, die bisher alleine in staatlicher Planung, Kontrolle und Organisation lagen, durch Bürgerarbeit ausgeübt und verbessert werden. Der Staat als Dienstleister von Demokratie wird ergänzt durch den demokratischen Dienstleister selbst, das Volk und dessen Willen zur direkten Volksbeteiligung. Dabei geht es nicht um Mitbestimmung, die ihren Ursprung auch im Subsidiaritätsgedanken hat. Es geht um Selbstbestimmung, selbstbestimmte Aktivitäten des neuen Volkswillens, der schon heute neue demokratische Beziehungen erzeugt. Sie machen den Staat zu einem Dienstleistungsorgan des souveränen Volkes. Doch die Bürger haben noch kein Bewusstsein über diese Veränderung, obgleich sie selbst deren Schöpfer sind. Wird ihnen dieser Wandel bewusst, so werden sich neue demokratische Strukturen herausbilden. Das Instrument Volksentscheid ist die naheliegende Konsequenz auf dem Weg zur demokratischen Erneuerung.

Ihr / Euer

Dr. Xaver Brenner

Fürstenfeldbruck, den 23. Februar 2011

²⁵ Die Schlichtung ist ein Verfahren zur Beilegung kollektiver Regelungsstreitigkeiten. Den Einigungsvorschlag der Schlichtungsstelle nennt man Schiedsspruch. Während des Schlichtungsverfahrens werden keine Arbeitskämpfe geführt. http://www.info-arbeitsrecht.de/Arbeitsrecht_Tarifrecht/Arbeitskampf/arbeitskampf.html (17.1.2010)

²⁶ Grundgesetz (GG), Art. 20, Abs. 2

²⁷ Eppler, Erhard: Die sogenannte politische Klasse. In: Süddeutsche Zeitung vom 26.11.2011